

Pressemitteilung

München, den 26. Oktober 2026

Pannermayr zum kommunalen Finanzausgleich 2027

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr, sagt zum Ergebnis der Verhandlungen der vier kommunalen Spitzenverbände mit dem Finanzminister, dem Innenminister, dem Wirtschaftsminister und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags: **„Trotz schwieriger Rahmenbedingungen und geringer Spielräume konnten beim Gespräch zum kommunalen Finanzausgleich Verbesserungen für alle kommunalen Ebenen erreicht werden. Die Gespräche der vier kommunalen Spitzenverbände mit dem Finanzminister waren sehr intensiv. Trotz der angespannten Haushaltslage konnten wir in konstruktiver Atmosphäre einen beachtlichen Aufwuchs erreichen. Der Finanzausgleich hilft den meisten Städten und Gemeinden weiter. Aber es ist auch klar, dass der Finanzausgleich allein die strukturelle Schieflage der kommunalen Haushalte nicht beheben kann. Die Problemlagen sind so vielfältig, komplex und massiv, dass der Finanzausgleich auf bayerischer Ebene unser grundsätzliches Problem nicht lösen kann – da ist der Bund gefordert.“**

Pannermayr: **„Insgesamt steigt der Finanzausgleich deutlich um 756 Millionen Euro und entlastet vor allem die Verwaltungshaushalte.“** Die bereits bei den FAG-Verhandlungen im Vorjahr erzielte schrittweise Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund verschafft den Kommunen mehr Luft zum Atmen. Pannermayr: **„Die Erhöhung des Steuerverbunds im Jahr 2026 auf 13,3 Prozent und im Jahr 2027 auf 13,5 Prozent wirkt dauerhaft und bringt einen soliden Aufwuchs. Aber klar ist auch: Die kommunale Seite verweist unverändert auf das Ziel von 15 Prozent Anteil am Steuerverbund. Da müssen in den nächsten Jahren weitere Schritte getan werden.“**

Der größte Teil des Aufwuchses im Finanzausgleich fließt in die Schlüsselzuweisungen, die vor allem für steuerschwächere Städte und Gemeinden eine wichtige Einnahmenverstärkung sind. Im letzten Jahr haben mehr als 80 Prozent aller bayerischen Städte und Gemeinden Schlüsselzuweisungen erhalten. Pannermayr: **„Der kraftvolle Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen um knapp 10 Prozent auf 5,5 Milliarden Euro wirkt flächendeckend.“**

FrISChe Haushaltsmittel des Freistaats gehen – zusätzlich zu der bereits im Vorjahr erzielten Verstärkung um 500 Millionen Euro – an die Bezirke in Höhe von 210 Millionen Euro. Pannermayr: **„Damit kann der bayernweit ungedeckte Bedarf bei den Bezirken um die Hälfte gedeckt werden. Die enorm steigenden Sozialausgaben bei den Bezirken haben in den letzten Jahren dramatisch auf die Umlagebelastung von kreisfreien Städten und Landkreisen durchgeschlagen – und damit auch auf die Kreisumlagekosten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die Unterstützung der sieben Bezirke muss sich wie im letzten Jahr positiv auf die bevorstehende Festlegung der Bezirksumlagen auswirken. Wir bauen darauf, dass die Bezirke die zusätzlichen Mittel vollständig bei der Festlegung der Höhe der Bezirksumlagen berücksichtigen. Das Gleiche erwarten wir von den Landkreisen bei der Festsetzung der Kreisumlagen.“**

Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung kommunaler Haushalte verschärfen sich für das nächste Haushaltsjahr trotzdem, weil die Kosten für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben weiter wachsen. Die Sozial- und Jugendhilfeausgaben, die Baukosten und die Personalkosten steigen weiter. Trotz des Ergebnisses zum kommunalen Finanzausgleich werden viele Städte und Gemeinden Schwierigkeiten haben, ihre Haushalte auszugleichen. Eine wachsende Zahl wird wohl keine genehmigungsfähigen Haushalte vorlegen können. Pannermayr: **„Die Rahmenbedingungen für die kommunalen Haushalte bleiben aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation dramatisch. Immer mehr Städte und Gemeinden verhängen Haushaltssperren. Es braucht strukturelle Verbesserungen, um die dramatisch steigenden Ausgaben in den Griff zu bekommen. Bund, Länder und Kommunen müssen nun endlich gemeinsam Aufgaben überprüfen und Standards hinterfragen; das Sozialsystem ist zu komplex geworden, die Zuständigkeiten zu unübersichtlich. Daneben benötigen die Kommunen dringend einen höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern. Es braucht eine Verteilung der Gemeinschaftssteuern, die den Aufgaben der Kommunen gerecht wird. Im Moment erfüllen die Kommunen ein Viertel der Aufgaben, bekommen aber nur ein Siebtel aus dem Steueraufkommen.“**